

**Art. 17 al. 3 et 3bis***Proposition de la commission**Adhérer à la décision du Conseil national*

**Schlumpf**, Berichterstatter: Der Nationalrat hat den bisherigen Absatz 3 aufgeteilt. Der erste Satz von Absatz 3 bleibt, die beiden folgenden Sätze werden zu Absatz 3bis. Das ist einfach eine Aufteilung in zwei Absätze. Dazu kommt im neuen Absatz 3bis noch eine materielle Aenderung. Bisher heisst es, dass geltend gemacht werden könne, dem Beschwerdeführer drohe ein erheblicher Schaden oder ein sonstiger ins Gewicht fallender Nachteil. Nun beschränkt man sich darauf, dass dem Beschwerdeführer ein nicht wiedergutzumachender Nachteil droht. Das ist eine materielle Aenderung.

Auch hier beantragt die Kommission Zustimmung.

*Angenommen – Adopté**An den Nationalrat — Au Conseil national*

75.379

**Interpellation Heimann. Erläuterungen zu Abstimmungsvorlagen vom 8. Juni 1975**  
**Commentaires concernant les projets soumis au vote fédéral du 8 juin 1975**

*Text der Interpellation vom 3. Juni 1975*

Erstmals sind an die Stimmbürger Erläuterungen zu den fünf Abstimmungsvorlagen vom 8. Juni 1975 verteilt worden. Die Erläuterungen über die beiden Abschnitte über den «Bundesbeschluss über die Finanzierung der Nationalstrassen» sowie über das «Bundesgesetz über die Aenderung des Zolltarifs» verschleieren mit Weglassungen, unge nauen Zahlen und Verwechslungen den tatsächlichen Sachverhalt.

Der Bundesrat wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wer hat die Abgabe dieser Erläuterungen beschlossen und aufgrund welcher Kompetenz?
2. Wer ist für die Abfassung der Erläuterungen verantwortlich?
3. Fällt die Abgabe erklärender Texte zu Abstimmungsvorlagen nicht in die Zuständigkeit der eidgenössischen Räte, nachdem nur sie Bundesbeschlüsse und Bundesgesetze einer Abstimmung unterbreiten können?
4. Wie ergibt sich die Rechnung in den Erläuterungen, wonach die Benzinolzleinnahmen während den ersten sechs Monaten seit Inkrafttreten dieses Beschlusses um 170 Millionen Franken gestiegen sind? Die Gesamteinnahmen aus dem Grundzoll und dem erhöhten Zollzuschlag auf Benzin haben sich in dieser Zeit nur um 138,3 Millionen Franken erhöht.
5. Wie kommt es, dass in den Erläuterungen angegeben wird, der Zoll auf leichtem und schwerem Heizöl von bisher 30 Rappen sei auf Fr. 1.10 bzw. Fr. 2.– pro 100 kg erhöht worden, nachdem es umgekehrt ist?
6. Wie kommt es zum Hinweis, der Mehrertrag der Benzinolzleinnahmen trage dazu bei, «das Strassenbauvolumen der Kantone in verantwortbarem Umfang weiterzuführen und den Unterhalt der Strassen zu sichern», obschon er stens der Zollzuschlag – der allein zur Abstimmung kommt – verfassungsmässig zweckgebunden ausschliesslich für die Nationalstrassenrechnung zu verwenden ist, zweitens in den letzten zwei Jahren die Bundesausgaben für Strassen niedriger waren als der für den Strassenbau gesetzlich

reservierte Anteil an den gesamten Treibstoffeinnahmen und drittens seitens des Finanzdepartements wiederholt erklärt wurde, mit den Mehreinnahmen werde der Vorschuss des Bundes an die Nationalstrassenrechnung abgetreten?

*Texte de l'interpellation du 3 juin 1975*

Pour la première fois, les citoyens ont reçu des explications relatives aux cinq textes sur lesquels ils auront à se prononcer lors du scrutin du 8 juin 1975. Les explications sur l'arrêté fédéral concernant le financement des routes nationales et sur la loi fédérale modifiant le tarif général des douanes voilent les faits réels en omettant certaines indications, en donnant des chiffres inexacts et en confondant des faits.

Le Conseil fédéral est prié de répondre aux questions suivantes:

1. Qui a décidé de distribuer ces explications? Sur quelle compétence s'est-on fondé pour cela?
2. Qui est responsable du texte de ces explications?
3. La distribution de textes explicatifs ne relève-t-elle pas de la compétence des conseils législatifs, qui sont seuls habilités à soumettre des arrêtés fédéraux et des lois fédérales en votation populaire?
4. Sur la base de quel calcul en est-on arrivé, pour les six premiers mois à compter de l'entrée en vigueur de cet arrêté, au chiffre de 170 millions de recettes supplémentaires, dues à l'augmentation de la surtaxe sur les carburants, dont les explications font état? Le total des recettes provenant de la taxe douanière de base et de la taxe supplémentaire majorée ne s'est accru durant cette période de que de 138,3 millions de francs.
5. Pourquoi a-t-on indiqué, dans le texte allemand de ces explications, que les droits de douane grevant les huiles de chauffage domestiques (leichtes Heizöl) et industrielles (schweres Heizöl) qui s'élevaient à 30 centimes par 100 kg, ont été portés à 1 fr. 10 et à 2 francs alors que c'est l'inverse qui est exact?
6. Comment en est-on arrivé à dire que les recettes supplémentaires provenant des taxes douanières sur les carburants permettront «aux cantons de maintenir un volume de construction et d'occupation satisfaisant», bien que, tout d'abord, la taxe supplémentaire – qui seule est soumise à la votation – doit être exclusivement utilisée, selon la constitution, pour les routes nationales; en second lieu, les dépenses faites au cours des deux dernières années par la Confédération pour les routes ont été plus faibles que la part de l'ensemble des recettes sur les carburants réservée à la construction des routes. En troisième lieu, le Département des finances a déclaré à plusieurs reprises que le surplus de recettes devrait permettre d'amortir l'avance de la Confédération au compte des routes nationales.

*Mitunterzeichner – Cosignataires: Bodenmann, Hefti, Muheim, Stucki, Weber (5)*

**Heimann:** Der Bundesrat hat zu den Volksabstimmungen vom 8. Juni 1975 allen Stimmbürgern Erläuterungen zugesellt. Die falschen Informationen in diesen Erläuterungen haben viel Staub aufgewirbelt, und am 4. Juni 1975, kurz vor der Abstimmung, musste das Finanz- und Zolldepartement die Erläuterungen berichtigen, wobei bei dieser Berichtigung wieder Ungenauigkeiten unterlaufen sind. Es handelt sich hier um ein staatspolitisch sehr unerfreuliches Thema. In den Erläuterungen stehen folgende falsche Informationen:

Unter II, 1. Bundesbeschluss über die Finanzierung der Nationalstrassen, ist zu lesen: «Während der ersten sechs Monate seit Inkrafttreten dieses Beschlusses sind die Benzinolzleinnahmen um 170 Millionen Franken gestiegen.» Tatsache ist, dass sich die Gesamteinnahmen aus dem Grundzoll und den erhöhten Zollzuschlägen auf Benzin in dieser Zeit um nur 138,3 Millionen Franken erhöht haben.

Die Zahl in den Erläuterungen ergibt sich ungefähr aus den Gesamteinnahmen aus den Treibstoffbelastungen, d. h. aus Dieselöl und Benzin.

Der Rechtsdienst der Bundeskanzlei hatte noch eine andere Auffassung über das Zustandekommen dieser Zahl. Einem Stimmberichtigten schrieb der Rechtsdienst der Bundeskanzlei auf seine Anfrage am 21. Mai 1975 folgendes: Die «170 Millionen Franken infolge Erhöhung des Benzinzollzuschlages stellen die Differenz dar zwischen dem in den Monaten September 1974 bis Februar 1975 bei einem Zollzuschlag von 30 Rappen pro Liter effektiv erzielten Ertrag und demjenigen, der bei einer gleichen Einfuhrmenge, aber bei einem Zollzuschlag von bloss 20 Rappen resultiert hätte». Die Berichtigung des Finanz- und Zolldepartements liest sich wie folgt:

«Schliesslich ist zu präzisieren, dass die Mehreinnahmen durch die Erhöhung des Treibstoffzollzuschlages um 10 Rappen pro Liter in den ersten sechs Monaten seit Inkrafttreten des Dringlichen Bundesbeschlusses (1. September 1974 bis 28. Februar 1975) 171,1 Millionen Franken ausmachen.» «Ohne diese Mehreinnahmen wäre es nicht möglich gewesen, das Nationalstrassenbauprogramm einzuhalten. Es ist naheliegend, dass der Bund heute eine etwas grössere Amortisationsquote des an den Nationalstrassenbau geleisteten Vorschusses beansprucht.»

Im Klartext hätte geschrieben werden müssen: Der Bund will die Mehreinnahmen für die Rückzahlung des Vorschusses verwenden. Von der Notwendigkeit der Einschränkung des Bauprogrammes wegen ungenügender Mittel kann keine Rede sein. Der erste Satz ist eine unzutreffende Behauptung zur Stimmungsmache vor der Abstimmung.

Weiter steht in den Erläuterungen: «Dieser Betrag» – also diese 171,1 Millionen – «trägt dazu bei, das Strassenbauvolumen der Kantone in verantwortbarem Umfang weiterzuführen und den Unterhalt der Strassen zu sichern.» In der französischen und in der italienischen Fassung steht nichts von Unterhalt, sondern von der Erhaltung der Beschäftigung. Dazu ist zu sagen: 1. Der Zollzuschlag, der allein zur Abstimmung kam, ist verfassungsmässig zweckgebunden ausschliesslich für die Nationalstrassenrechnung zu verwenden; 2. dass in den letzten zwei Jahren die Bundesausgaben für Strassen niedriger waren als der für den Strassenbau gesetzlich reservierte Anteil an den gesamten Treibstoffeinnahmen; 3. dass seitens des Finanzdepartements wiederholt erklärt wurde, mit den Mehreinnahmen werde der Vorschuss des Bundes an die Nationalstrassenrechnung abgetragen.

Diese Erklärung kann nur eine bewusst falsche Information des Stimmbürgers zum Ziel gehabt haben. In Ziffer 2 mit dem Titel «Bundesgesetz über die Erschwerung von Ausgabenbeschlüssen» wurde die neue Zollbelastung für leichtes und schweres Heizöl verwechselt, und dies in einer wenig durchschaubaren Weise. Der Text lautete: «Die Bundesversammlung hat beschlossen, den Zoll auf leichtem und schwerem Heizöl von bisher 30 Rappen auf Fr. 1.10 bzw. 2 Franken pro 100 kg zu erhöhen.»

Noch mehr Ungereimtheiten finden Sie unter II, «Finanzbeschlüsse». Hier steht: «Dieses Sofortprogramm enthält Ausgabenkürzungen im Umfange von 1140 Millionen Franken für das Budget 1975. Diese Kürzungen werden in den folgenden Jahren weitergeführt.» Dazu ist zu sagen, dass diese 1140 Millionen nicht in vollem Umfang echte Ausgabenkürzungen sind. Ueberdies versäumte man in den Bundesbeschlüssen, diese echten Kürzungen für die folgenden Jahre festzulegen bzw. verbindlich zu erklären. Ueberdies muss festgestellt werden, dass die Erklärung des Bundesrates in den Erläuterungen nicht nur eine falsche Darstellung ist, sondern dass diese Erklärung auch gegen das Budgetrecht des Parlamentes verstösst.

Es liegt in der Einheit der Materie, noch zwei weitere Vorkommnisse zu erwähnen. Das Finanz- und Zolldepartement gab mehrere Presseinformationen über die Entwicklung der Einnahmen auf den Treibstoffen heraus, und zwar war mit dem Versuch, nachzuweisen, dass mit der Neuregelung

(mit dem Aufschlag um 10 Rappen auf dem Zollzuschlag) eine Einnahmensteigerung verbunden gewesen sei. In den Vergleichen des Finanz- und Zolldepartements wurde schlicht unterschlagen, dass in der Vergleichsperiode des Vorjahres eine 80prozentige Kontingentierung des Benzins bestand, also überhaupt nicht voll gebraucht werden konnte, autofreie Sonntage eingeführt worden waren und wir noch mit einer Geschwindigkeitsbeschränkung, der ich auch zugestimmt habe, den Verbrauch von Benzin herabsetzten.

Es ist klar: wenn ich Vergleiche mache mit Vorjahresperioden, habe ich mindestens darauf hinzuweisen, dass der Vergleich nur ein ungefährer sein kann und sehr stark hinkt wegen der Tatsachen, die den Umsatz in der Vergleichsperiode beeinflussten. Ich betrachte diese Art Information des Finanz- und Zolldepartements über die Einnahmen als einen Verstoss gegen die Wahrheitsliebe.

Obschon das Finanz- und Zolldepartement am 4. Juni dies berichtigten musste, hielt es am gleichen Abend den bundesrätlichen Sprecher am Radio, der die Vorlagen verteidigen musste, nicht ab, unter anderem folgendes zu erklären: Der Bundesrat hat allen Stimmbürgern Erläuterungen ins Haus geschickt. Jeder kann sich ruhig und sachlich über die Vorlage orientieren. – Kein Wort der Berichtigung, dass diese Erläuterungen, auf die Bezug genommen wurde, nicht stimmen. Dafür hat derselbe Bundesrat zweimal dem Sinne nach gesagt – ich habe es stenografiert –: Benzin und Heizöl werden nicht teurer. Es wird nur bestätigt, was schon besteht. – Wörtlich trifft das tatsächlich zu, ist aber sehr tendenziös.

Bei diesen vielen Entgleisungen ist es neckisch, dass die Einleitung zu den Erläuterungen wie folgt lautet: «Der Bundesrat gibt dazu im Interesse einer klaren Information folgende Erläuterungen.»

Sie erinnern sich vielleicht auch daran, dass einige Freiburger Stimmberichtigte das Abstimmungsresultat anfochten mit dem Ziel, eine Wiederholung der Abstimmung zu erzwingen. Der Bundesrat hat diese Beschwerde in eigener Kompetenz abgelehnt.

Es gab auch ein Flugblatt des Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen. Es richtete sich an die «lieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die lieben Leser». Es war eine Empfehlung der Vorlage im Interesse des öffentlichen Verkehrs. Ich halte das für unzulässig, es sei denn, der Herr Präsident mache sich als Privatperson, ohne Attribute SBB und Präsident der Generaldirektion, mit diesen Vorlagen zu schaffen und empfehle als Bürger Zustimmung. Das ist sein gutes Recht.

Ich schliesse diesen Teil meiner Ausführungen mit einem Kommentar einer dem Bundesrat sehr nahestehenden Zeitung, insbesondere nahestehend dem Chef des Finanz- und Zolldepartements. Dieser Kommentar lautet wie folgt: «Die schludige Abfassung des erläuternden Berichts, welche die Zollpositionen durcheinander menigte, hat in weiten Kreisen Unwillen erregt, und die Richtigstellung brachte wiederum keine volle Klarheit.»

Meine Ausführungen haben gezeigt, dass dem so ist. Ich hoffe, vom Bundesrat die Zusicherung zu erhalten, dass inskünftig Erläuterungen zu Abstimmungsvorlagen – werden sie schriftlich oder am Radio oder Fernsehen gegeben – dem Stimmbürgern objektive Informationen bringen und nicht eine Einnebelung.

Bei dieser Gelegenheit gebe ich noch dem Wunsch von Zehntausenden wenn nicht Hunderttausenden von Stimmberichtigten Ausdruck: Abstimmungsfragen auf dem Stimmzettel sollen so gestellt werden, dass sie vom Stimmbürgern verstanden werden können. Wenn der offizielle Titel über die Natur der Sache keine Auskunft gibt, ist die Frage mit klaren, allen verständlichen Zusätzen zu verdeutlichen. Auch dazu zwei Beispiele vom 8. Juni 1975.

Erstes Beispiel: «Wollt Ihr den Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1974 über die Finanzierung der Nationalstrassen annehmen?» – Meine Herren, es ging nicht um die bereits gesicherte Finanzierung der Nationalstrassen, sondern um die Erhöhung des Benzinzollzuschlages zwecks Erhöhung

der Liquidität in der Bundeskasse. Das hätte man mindestens sagen dürfen.

Zweites Beispiel: «Wollt Ihr das Gesetz vom 4. Oktober 1974 über die Änderung des Generalzolltarifs annehmen?» – Wer weiss in der Schweiz schon, was dieser Generalzolltarif beinhaltet? Hier hätte ein Zusatz hingehört: «Erhöhung der Heizölsteuer.» Dann hätte jedermann gewusst, um was es sich tatsächlich handelt.

Ich nehme an, Sie sind mit mir einverstanden, wenn ich, um Zeit zu sparen, auf die Verlesung der Interpellation verzichte. Der Text ist Ihnen bekannt. Meine Fragen kann ich auf einen Nenner bringen, nämlich den: Wie erklärt der Bundesrat diese Sachlage?

**M. Chevallaz**, conseiller fédéral: En décidant d'accompagner les cinq arrêtés soumis à la votation populaire du 8 juin d'un texte explicatif, le Conseil fédéral s'est inspiré des motifs suivants: Tout d'abord l'exercice de la démocratie directe, toujours plus abondant d'ailleurs dans le nombre des votations, exige des citoyens un grand effort d'information. La multiplicité et la complexité des scrutins, communaux, cantonaux et fédéraux, rendent cet effort d'information difficile. Ensuite, comme M. Heimann vient de le relever très justement – et je lui donne ma pleine adhésion sur ce point – l'objet de la votation se cache parfois derrière des textes juridiques difficiles à saisir dans leur titre et dans leur libellé. Il y a quelquefois des fragments de phrases tout à fait incompréhensibles si l'on ne se réfère pas au texte original complet. Il arrive aussi, pour prendre l'exemple de l'arrêté sur la sauvegarde de la monnaie, que le texte remis aux citoyens ne mentionne plus le contenu original de l'arrêté dont il doit cependant prolonger la validité mais seulement des fragments incompréhensibles. Il y a donc quelque chose à faire: le Conseil fédéral y voudra toute son attention et nous souhaitons que le Parlement nous y aide lors de l'élaboration de décrets et de lois.

En l'espèce, le Conseil fédéral a jugé judicieux de joindre des explications aux textes légaux de la votation du 8 juin parce que les cinq décisions qui étaient soumises au peuple concernent des domaines souvent très techniques et que la sécheresse des arrêtés n'en donne pas une explication en elle-même. Le Conseil fédéral avait déjà procédé de la même manière lors de deux votations, en 1950 pour le régime financier 1951-1954 et en 1972 pour les accords avec la Communauté économique européenne. Ensuite, de différents côtés du Parlement et de la presse des voix nombreuses, des interventions parlementaires ont demandé que sans attendre l'adoption d'un projet de loi sur les droits politiques le Conseil fédéral publie avant chaque votation une information complémentaire claire et objective. Ce dernier a décidé d'agir ainsi le 8 juin et a chargé le Département des finances de préparer le texte en question, qui a été soumis aux membres du Conseil fédéral qui en ont ainsi pris collégialement la responsabilité.

L'accueil a été généralement positif dans le public, sauf naturellement de la part des adversaires de ces projets, mais j'ai assez l'habitude des votations publiques à l'échelon communal pour savoir que quand l'autorité formule une explication, aussi objective soit-elle, inévitablement les adversaires trouvent que cette explication n'est pas objective. Je n'ai pas connu d'exemple où l'on ait admis la valeur d'une explication venant de l'autorité, ce qui n'empêche que ces explications restent utiles. Différents journaux et commentateurs ont relevé que la note explicative du 8 juin avait été conçue avec clarté et honnêteté et qu'elle ajoutait des renseignements utiles à la compréhension des arrêtés. On a regretté ça et là que le texte ait été trop bref, mais cette brièveté s'explique autant par des raisons d'ordre matériel que par la volonté de s'en tenir à l'essentiel, le public ne lisant pas des textes trop longs. Nous convenons que l'on prenait un risque en résumant en un feuillet recto verso des explications sur cinq objets différents.

Quant aux deux erreurs matérielles reprochées à notre texte, elles concernent la version allemande qui, pour une fois, est traduite d'un original correct en français, et, à y regarder de plus près, on devrait plutôt qualifier ces erreurs d'imprécisions qui ne portent pas à conséquence. Les 170 millions de recettes additionnelles perçues durant les six premiers mois, soit de septembre 1974 à février 1975, représentent la plus-value de l'augmentation de la surtaxe sur les carburants. Or le texte allemand parle de «Benzinzollzuschlag» et il emploie ici une expression qui est paraît-il entrée dans les mœurs et qui recouvre en fait ce que le texte français appelle fort justement «les carburants» et que l'on aurait dû appeler en allemand «Treibstoff». Ce chiffre est de 171 millions exactement, selon que l'on compare septembre 1974 – février 1975 à septembre 1973 – février 1974, ou de 173,8 millions si l'on considère que durant les six mois consécutifs à l'augmentation de la surtaxe celle-ci a rapporté au total 521 millions. Si l'on divise cette somme par tranches de 10 centimes, on arrive au chiffre de 173,8 millions. Durant les six mois considérés, les droits de base ont diminué de 17,2 millions. On constate par conséquent que, même si l'on déduit cette moins-value sur les droits de base de la plus-value pour la surtaxe, il en résulte un bénéfice de 155 millions. Au demeurant, les statistiques douanières montrent que les importations d'essence ont diminué plus fortement avant l'augmentation de la surtaxe, soit de 8,6 pour cent contre 4,7 pour cent pendant les quatre derniers mois de 1974, c'est-à-dire au moment où la surtaxe est entrée en vigueur.

Les chiffres que nous possédons aujourd'hui, en septembre 1975, et qui concernent la période allant de septembre 1974 à août 1975, une année donc, montrent une augmentation des recettes de la surtaxe de 370 millions. On parvient aux mêmes chiffres si l'on compare cette période 1974/1975 à la période antérieure 1973/1974. En conclusion, nous pouvons avancer que, pour l'année pleine en cours, nous obtiendrons 360 à 370 millions de ressources complémentaires. Enfin, comparées à la période correspondante de 1974, les importations de carburant ont augmenté de 0,8 pour cent pour les huit premiers mois de 1975, se décomposant ainsi: +2,6 pour cent pour l'essence et -6,4 pour cent pour le diesel; comme chacun le sait, cette dernière diminution est due au tassement économique aussi bien dans l'industrie que dans les métiers de la construction.

Pour ce qui est des indications sur la hausse des droits sur les huiles de chauffage – c'était là la deuxième erreur – il y a eu une très regrettable interversion dans le texte allemand et l'on aurait bien mauvaise grâce à y voir une manipulation qui aurait été bien maladroite puisque l'original français est juste, de même que la traduction en italien. Nous avons d'ailleurs rectifié cette erreur avant la votation par une déclaration publique.

Enfin, en ce qui concerne le passage controversé que M. Heimann reprenait tout à l'heure sur la contribution de la surtaxe à la poursuite du programme de construction des routes nationales, nous devons maintenir notre point de vue à ce propos. Dans la situation financière de la Confédération – et nous avons eu l'occasion de l'expliquer maintes fois dans le débat public ou dans ces articles – sans l'augmentation de la surtaxe, nous aurions dû réduire les travaux dès cette année. Or, nous avons pu, grâce à la surtaxe, les maintenir et même décider une rallonge de 60 millions. Il est en effet normal qu'après avoir, pendant les bonnes années, prêté de l'argent au compte routier, la Confédération, au moment où les circonstances deviennent difficiles, accélère quelque peu le remboursement de son avance. C'est son droit.

Enfin, l'amortissement de la dette du compte routier profite à la construction du réseau des routes nationales puisque cet amortissement diminue la charge de l'intérêt, particulièrement dans un moment où le loyer de l'argent est élevé. On ne peut contester ce fait ni cet avantage du remboursement d'une dette, dont on avait d'ailleurs dit il y

a quelques années que son montant ne devait pas dépasser la limite de 1,5 à 1,8 milliard. Or, cette dette s'élève aujourd'hui à 2,6 milliards. Nous étions donc parfaitement en droit, nous ne l'avons pas caché, nous l'avons au contraire publié, d'affecter une partie du produit de cette surtaxe au remboursement.

Pour le surplus, je n'ai pas amené ici ma machine à calcul pour répondre à toutes les questions de M. Heimann concernant les chiffres publiés. Le problème n'est d'ailleurs pas là.

M. Heimann a relevé, et je le confirme, que le Conseil fédéral a rejeté le recours de quelques citoyens fribourgeois et d'autres encore. Comme je l'ai dit tout à l'heure, il est extrêmement difficile, quand on donne des explications de ce genre, si objectives, si honnêtes qu'elles soient, de ne pas susciter un lambeau de critique ou une critique fondamentale de la part des adversaires. Vous avez joué ce rôle, Monsieur Heimann, c'est votre rôle traditionnel. Vous me permettrez de dire que votre rôle de procureur ne trouble pas ma sérénité d'esprit. Nous n'avons pas trompé le peuple et nous avons eu l'occasion d'expliquer amplement de quoi il s'agissait. Nous regrettons les deux erreurs survenues dans la traduction allemande, mais j'en ai démontré le peu de gravité. Nous nous efforcerons de poursuivre avec votre concours, avec le concours du Parlement, cet effort d'information lors des votations populaires, effort qui nous paraît nécessaire.

**Heimann:** Die Deutschweizer konnten sich schliesslich nicht am französischen Original der Erläuterungen orientieren, sondern hatten vorlieb zu nehmen mit dem, was ihnen unterbreitet wurde. Die Fortführung des Bauprogrammes für die Nationalstrassen war gesichert auch ohne Zollzuschlag, sofern man die Bundeskasse nicht für andere Zwecke füllen wollte. Ich habe im Grunde genommen nichts gegen diese Begründung, aber man hätte sie sagen dürfen. Fehler, Herr Bundesrat, sind angängig. Wir machen alle Fehler. Aber wenn sich die Ungenauigkeiten dersmassen häufen, wie das in diesem Abstimmungskampf der Fall war und öffentliche Verwaltungen und teilweise auch Bundesräte für diese Ungenauigkeiten die Verantwortung tragen, dann ist das nicht mehr annehmbar. Ich kann mich nur befriedigt erklären bezüglich den Ausführungen des Herrn Bundesrates was die Abstimmungsfragen betrifft. Für den Rest seiner Antwort kann ich mich nicht befriedigt erklären.

## 75.055

### **Kreditmassnahmen. Verlängerung** **Mesures dans le domaine du crédit. Prorogation**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 9. Juli 1975 (BBI II, 421)  
Message et projet d'arrêté du 9 juillet 1975 (FF II, 425)

#### *Antrag der Kommission*

Eintreten

#### *Proposition de la commission*

Passer à la discussion des articles

**Leu, Berichterstatter:** Lassen Sie mich vorerst darauf hinweisen, dass von den Massnahmen zur Dämpfung der Ueberkonjunktur, die die eidgenössischen Räte Ende 1972 beschlossen, der Baubeschluss im November 1974 auf Ende des Jahres aufgehoben und auf eine Verlängerung des Abschreibungsbeschlusses verzichtet wurde. Bis zum 31. Dezember 1975 bleiben daher nur noch die beiden Beschlüsse über die Ueberwachung der Preise, Löhne und

Gewinne und der Kreditbeschluss in Kraft. Zur Frage, ob der Beschluss über die Preisüberwachung weitergeführt werden soll, hat der Bundesrat gestern Stellung genommen. Er schlägt den Räten vor, allein die Ueberwachung der Preise bis Ende 1978 weiterzuführen. Kernstück der im Jahre 1972 beschlossenen Massnahmen war der Kreditbeschluss, der dem Bundesrat die Kompetenz zur Einfordierung von Mindestguthaben, zur Anordnung einer Kreditbegrenzung, einer Emmissionskontrolle sowie von Vorkehren auf dem Gebiete des Kleinkreditwesens und der Abzahlungsgeschäfte erteilt. Der Bundesrat beantragt den Räten diesen Beschluss mit einigen Abänderungen um fünf Jahre, d. h. bis zum 31. Dezember 1980 zu verlängern.

In einer Eingabe vom 12. August 1975 an alle Mitglieder der Kommission empfiehlt die Schweizerische Bankvereinigung, dem Kreditbeschluss zuzustimmen, aber auf eine Kompetenz zur Begrenzung der Zuwachsraten der inländischen Kredite zu verzichten und die Geltungsdauer des Kreditbeschlusses auf drei Jahre zu befristen. Am 13. August befürwortet der Verband Schweizerischer Kantonalbanken ebenfalls die Verlängerung des Kreditbeschlusses. Er soll aber auf drei Jahre beschränkt werden, und die Kreditbeschränkung sei zu streichen. Artikel 2 des bestehenden Beschlusses sei in dem Sinne zu ergänzen, dass ein Belastungsausgleich stattfindet zwischen den Banken, die zur Hauptsache Kreditgeschäfte besorgen und jenen Banken, die zu einem bedeutenden Teil das Indifferente Geschäft, also den Handel mit Devisen und Edelmetallen betreiben.

Ihre Kommission hat in eingehender Beratung zum Beschluss des Entwurfes Stellung bezogen. Herr Bundesrat Chevallaz und Herr Professor Schürmann, Generaldirektor der Nationalbank, unterstrichen in ihren Voten die Notwendigkeit, diesen Beschluss zu erneuern.

Für die Kommission ergaben sich daraus folgende Tatsachen und Ueberlegungen: Der Kreditbeschluss vom Jahre 1972 war zur Dämpfung der Ueberkonjunktur und der sich daraus entwickelnden Inflation notwendig. Die neu bewilligten Kredite betrugen im Jahre 1970 5 Milliarden und stiegen im Jahre 1971 auf 7,9 Milliarden und im Jahre 1972 auf 13,6 Milliarden an. Damit breitete sich die Geldmenge in solch grossem Masse aus, dass alle Voraussetzungen für eine Inflation gegeben waren. Im dritten Quartal 1971 hatte die Geldmenge im Vergleich zum Vorjahresquartal um 43 Prozent zugenommen und in den beiden folgenden Quartalen um je 40 Prozent.

Seitdem die Schweiz im Januar 1973 zu einer Politik der freien Wechselkurse überging, wurde der weiteren Aufblähung des Geldangebotes durch Devisenzuflüsse ein Ende gesetzt, doch trat im Verlaufe des Floatens eine Erhöhung der Wechselkurse für den Schweizerfranken ein, was für die Nationalbank neue Probleme schuf. Die Notenbank musste versuchen, den Kursanstieg nach Möglichkeit zu bremsen, wofür Interventionen am Devisenmarkt in Form von Dollarkäufen gegen Schweizerfranken nötig waren. Dies lag im allgemeinen Landesinteresse, weil sonst die Exportwirtschaft in eine immer ungünstigere Wettbewerbslage geraten wäre. Das neu geschaffene Geld musste aber in Grenzen gehalten werden. Dafür waren die Mindestreserven eine angemessene und geeignete Grundlage. Herr Professor Schürmann hat der Kommission bei dieser schwierigen Geldmengenpolitik in anschaulicher und überzeugender Weise dargelegt, dass zur gleichen Zeit drei Ziele angestrebt werden müssen, nämlich ein wechselkurspolitisches, ein geldmengenpolitisches und damit zugleich auch ein zinspolitisches. Steigende Zinssätze fördern den Zufluss ausländischer Gelder und treiben den Kurs des Schweizerfrankens nach oben. Das für die Nationalbank notwendige Instrumentarium muss daher so geschaffen sein, dass das schweizerische Zinsniveau tief bleibt, was nicht nur durch die Beschränkung der Geldmenge geschehen kann, sondern auch durch direkte Vorkehren, nämlich durch die Kreditbeschränkung und als flankierende Massnahme durch die Emmissionskontrolle.

## **Interpellation Heimann. Erläuterungen zu Abstimmungsvorlagen vom 8. Juni 1975**

## **Interpellation Heimann. Commentaires concernant les projets soumis au vote fédéral du 8 juin 1975**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	07
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	75.379
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	24.09.1975 - 08:00
Date	
Data	
Seite	559-562
Page	
Pagina	
Ref. No	20 004 328